

Kapitalakkumulation durch Kapitalbesteuerung? Eine kontextuelle Analyse der Vermögensbesteuerung

⇒ 1 Einleitung

Glaut man Peter Sloterdijk (2002, 252), befindet sich die Gegenwartszivilisation in einer psychologischen und ethischen Konfusion, von der noch niemand sagen kann, ob sie vorkatastrophisch oder vorreformatorisch ist. In seiner „Notiz zu René Girards anthropologischer Sendung“ argumentiert er, dass die unsichtbare Hand der „Dogmatiker der Marktwirtschaft“ aus nichts anderem bestehe als aus einer in der Weltwirtschaft nachhaltig etablierten Kopplung zweier Entgrenzungen, der entfesselten Masseneifersucht und der entfesselten Konsumgüterproduktion. Die Einfriedung der Masseneifersucht durch Konsumgütervermehrung stoße jedoch an die Grenzen des Paradoxons der Wunschnachahmung. Selbst wenn es möglich wäre „noch mehr bequeme Plätze für Sehr Wichtige Personen zu schaffen“ und die Schaffung neuer billiger Genussobjekte noch dynamischer gestaltet werden könnte: Die Knappheit wachse im Neid- und Eifersuchtsfeld schneller als das Angebot. Als Konsequenz komme es zu einer ständigen Vermehrung derer, die mit dem Gefühl, Verlierer zu sein, vom Platz gingen. Damit diese Situation sich nicht als vorkatastrophisch erweise, müsse – Girard folgend – an die Stelle der kurzen Weisheit des Pragmatismus der Moderne eine neue Verständigung treten über das, was moralisch nottue. Die Anthropologie müsse sich in dieser Situation als normative Wissenschaft konstituieren. Sie

müsse an das 21. Jahrhundert die Frage formulieren, wie die Moderne das Experiment der Globalisierung der Eifersucht wieder unter Kontrolle bringen wolle.

Der Egalitarismus ist für Sloterdijk nur eine „Blende über dem unlösbaren Problem der Wunschnachahmung“ (Sloterdijk 2002, 253). Ziel dieses Beitrages ist es, eine Politikmaßnahme vorzustellen, die

Ulrich Klüh, geb. 1974 in Frankfurt am Main, Prof. Dr. oec. pub., Studium der Wirtschaftswissenschaften in Frankfurt am Main, Berkeley/California und München, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Darmstadt. Neuere Veröffentlichung: Denken im Makroregime und Große Transformationen: Eine Anwenderperspektive, Marburg 2015.

GND: 129718998

DOI: [10.18156/eug-1-2016-art-7](https://doi.org/10.18156/eug-1-2016-art-7)

auf den ersten Blick aus dem Arsenal des Egalitarismus stammt: eine Besteuerung großer Vermögen, wie sie beispielsweise von Thomas Piketty (2014) gefordert wird. Die Arbeitshypothese dieses Beitrages ist, dass eine Vermögensbesteuerung wesentlich mehr als eine Blende ist und keinesfalls als Ausdruck von Eifersucht missverstanden werden darf. Vielmehr kann sie einen Beitrag dazu leisten, die aktuelle Konfusion vorreformatorisch zu nutzen. Der vorliegende Beitrag begreift deshalb die Ökonomik der Vermögensbesteuerung als normative Wissenschaft. Er stellt die Frage, ob eine wirtschaftspolitische Maßnahme helfen kann, das Experiment einer auf Privatisierung und Liberalisierung fußenden Globalisierung unter Kontrolle zu bringen.

Im Kern wird den relevanten aber nebulösen Befürchtungen Sloterdijks eine wirtschaftspolitische Maßnahme entgegen gestellt. Dabei wird an drei Vermutungen angesetzt. Die erste Vermutung ist, dass eine dynamischere Ökonomie durchaus in der Lage wäre, eine vorreformatorische Wendung wahrscheinlicher zu machen. Die Ausgrenzungsdynamik der letzten Jahrzehnte reicht ja weit über das Ökonomische hinaus. Sie hat beispielsweise eine mediale, eine sicherheitspolitische und eine demokratietheoretische Dimension (Hardt und Negri 2012). Und dennoch haben die ökonomischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte, in deren Kern eine Umverteilung von unten nach oben steht, eine so zentrale Rolle gespielt, dass an ihnen anzusetzen ist. Eine Umverteilung in die Gegenrichtung anzustreben, kann deshalb einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung des Experiments der Globalisierung liefern.

Die zweite Vermutung ist, dass Sloterdijk mit seiner Sorge zwar durchaus auf der Spur einer realen Gefahr ist, die exakte Natur dieser Gefahr aber nicht konkret genug beschreibt. Blickt man auf die gesellschaftspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre, so spielt Neid gegenüber Vermögenden eine erstaunlich untergeordnete Rolle. Wenn überhaupt wird der Neidreflex von jenen evoziert, die es auf eine Diskreditierung egalitärer Politik abgesehen haben. Anstelle von Neid ist ein Schwund des Vertrauens in die Problemlösungskapazität der Politik zu verzeichnen. Dieser Schwund verbindet sich in jüngster Zeit mit einem Impuls, der die Lösung der Probleme in einer Kombination aus Ausgrenzung und Abgrenzung sieht. Die Ausgrenzung betrifft hierbei die noch weniger vermögenden Menschen, vor allem jene, die zuwandern wollen. Die Abgrenzung erfolgt gegenüber Institutionen, die die schwierige Balance zwischen der notwendigen ökonomischen Rationalität und dem Primat der Politik suchen und in den letzten Jahren immer weniger gefunden haben. Dabei kann eine inhaltliche und emotionale Abgrenzung so weit gehen, dass sie im formalen Exit, also

dem Austritt aus einer gemeinsamen Institution, enden kann. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Europäische Union zu nennen.

Die dritte Vermutung ist, dass ökonomisch zwar einiges getan werden kann, um dieser Entwicklung Herr zu werden; allerdings birgt jede ökonomische Lösung im Kontext der aktuellen Wirtschaftsweise eine ökologische Herausforderung. Die Grenzen des Wachstums könnten sich als weitaus relevanter erweisen als die Grenzen des Paradoxons der Wunschnachahmung. Darauf muss ein wirtschaftspolitischer Vorschlag Bezug nehmen um sich als Lösungsvorschlag zu qualifizieren. Ökonomische Sichtweisen stehen im Mittelpunkt der Analyse, sollen soweit wie möglich jedoch kontextualisiert werden. Hierzu wird einerseits an der Frage angesetzt, in welcher Form eine Besteuerung großer Vermögen bestehende Mechanismen zur Einfriedung von Verteilungskonflikten beschädigt oder befördert. Das Kernargument der Gegner einer Vermögensbesteuerung besteht ja in ihren schädlichen allokativen Wirkungen, die die Kapitalakkumulation und damit das Wachstum behindern. Stimmt dieses Argument, dann wird das Reservoir, aus dem „das System der Verliererabfindung, der Rivalenzähmung und Präpotentenablenkung“ (Sloterdijk 2002, 254) gespeist wird, wesentlich kleiner. Auch wenn dieses Argument genau aus der Denkwelt jener Dogmatiker der Marktwirtschaft stammt: Seine Bedeutung für die Realisierbarkeit einer Vermögensbesteuerung ist nur schwerlich von der Hand zu weisen. Es wird hier deshalb mit einiger Ausführlichkeit behandelt.

Zum Gang der Untersuchung: Abschnitt 2 stellt wichtige ökonomische Argumente für und gegen eine stärkere Besteuerung von Vermögen zusammen. Abschnitt 3 erläutert, warum das Kernargument der Gegner einer Vermögensbesteuerung, ihre schädlichen Wirkungen auf die Kapitalakkumulation, in einer kontextuellen Ökonomik eine Umkehr erfahren könnte: Kapitalbesteuerung mag der Kapitalerhaltung dienen. Vermögensbesteuerung kann die Rate der Kapitalakkumulation erhöhen. Abschnitt 4 fasst noch einmal die wesentlichen Argumente zusammen, indem ein konkreter Vorschlag skizziert wird. Dabei wird auch kurz auf die politökonomischen und praktischen Argumente gegen eine Vermögensbesteuerung eingegangen.

⇒ 2 Es steht im Kapital! Kleine Ökonomik der Vermögensbesteuerung

Das Thema einer systematischen Besteuerung von Vermögen erfährt aktuell eine Renaissance. Dies hat im Wesentlichen drei Gründe. Ers-

tens wird die zunehmende Ungleichheit der Vermögensverteilung in den letzten Jahren vermehrt als gesellschaftspolitisches Problem wahrgenommen. Zweitens wird die globale Finanz- und Wirtschaftskrise von weiten Teilen sowohl der Fach- als auch der breiteren Öffentlichkeit als Schuldenkrise interpretiert. Dies hat die Frage, wie private und öffentliche Akteure Schulden abbauen können, in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Eine stärkere Besteuerung von Vermögen wird in diesem Zusammenhang als kurz- und langfristige Möglichkeiten zur Erschließung neuer Einnahmenquellen angesehen. Drittens hat die Krise zu einem Nachdenken über wirtschaftswissenschaftliche Dogmen beigetragen. Eines dieser Dogmen ist, dass Kapitalsteuern aus allokativen und wachstumstheoretischen Gründen kontraproduktiv sind. Die Krise hat denjenigen Wirtschaftswissenschaftlern Rückenwind gegeben, die die unter Ökonomen verbreitete Ablehnung von Kapitalsteuern kritisch hinterfragen.

Eine wichtige Rolle bei der Wiederbelebung der Vermögenssteuer hat das Buch „Capital in the Twenty-First Century“ von Thomas Piketty gespielt (Piketty 2014). Während die Rezeption des Buches in weiten Teilen der Welt sehr positiv ausfiel, waren die Reaktionen in Deutschland äußerst reserviert. Bei den vielen kritischen Kommentaren wird leicht übersehen, wie ambitioniert das Gesamtwerk ist. Es beschäftigt sich nicht nur mit empirischen Belegen zur Vermögensverteilung und mit der Frage, ob kapitalistisches Wirtschaften eine Tendenz zur exzessiven Vermögenskonzentration aufweist. Piketty ist bemüht, die unterschiedlichen Facetten von Verteilungsänderungen auch kontextuell und in einem möglichst großen Zusammenhang zu betrachten. Piketty dokumentiert die Entwicklung der Verteilungsgrößen, kommentiert die Schuldenkrise und liefert die Gegenkritik zur Kritik der Vermögens- bzw. Kapitalbesteuerung. Er stellt zudem zahlreiche über den aktuellen ökonomischen Diskurs hinausreichende Fragen. Dies alles zusammengenommen führt dann zu seinem Vorschlag einer globalen Kapitalsteuerung. Piketty selbst hat zudem wesentlich zur Entwicklung von Theorien beigetragen, die die Kritik der allokativen Wirkungen der Vermögenssteuern zumindest partiell widerlegen.

„Das Kapital im einundzwanzigsten Jahrhundert“ sowie die dem Buch zugrundeliegende Literatur enthält alle wesentlichen Aspekte einer modernen Ökonomik der Vermögensbesteuerung. In diesem –der gleichen Thematik gewidmeten – Abschnitt soll deshalb auf eine der wenigen echten Defizite des Buches Bezug genommen werden: auf die mangelnde Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Vermögensformen. Dabei wird nicht zuletzt der Kritik an Piketty Rechnung

getragen, er verharre in einer weitgehend neoklassischen Wachstumsökonomik (die Probleme von Nachfrage- und Investitionsschwächen vernachlässigt) und arbeite mit einem wenig trennscharfen Begriff des Kapitals (wodurch die Unterschiede zwischen Geld- und Sachvermögen nicht ausreichend berücksichtigt werden).

⇒ 2.1 Vermögensbesteuerung, Schuldenabbau, Kapitalaufbau

Dem aufmerksamen Leser des Beitrags wird aufgefallen sein, dass es bisher im Text mehrfach zu einem Austausch der Begriffe Vermögen und Kapital gekommen ist. Diese Gleichsetzung von Vermögen und Kapital betreibt auch Piketty (2014). Diese Praxis ist kritisiert worden, da sie zu begrifflicher Unschärfe führt. Vor allem drei Kritikpunkte stehen heraus, auf die Piketty selbst auch hinweist. Erstens wird der Begriff „Kapital“ nicht selten mit Vermögensformen in Verbindung gebracht, denen menschliche Akkumulationsaktivitäten zugrunde liegen. Land und natürliche Ressourcen stellen in dieser Sichtweise zwar Vermögen, nicht jedoch Kapital dar. Zweitens schließt Piketty Human- oder auch Sozialkapital aus seiner Betrachtung aus. Drittens wird mit dem Begriff Kapital häufig eine Form von Vermögen assoziiert, die direkt im Produktionsprozess eingesetzt wird, eine Unterscheidung, die Piketty ablehnt. Für ihn ist Kapital alles private und öffentliche Eigentum, das auf Märkten gehandelt werden kann.

Die Unschärfe des Kapitalbegriffs findet ihre Entsprechung in ähnlichen begrifflichen Unschärfen der Ökonomik. Schmidt (2015) veranschaulicht dies am Beispiel des Begriffs Sparen. Dieser kann äußerst unterschiedlich verstanden werden. Er steht zuweilen für den Unterschied zwischen dem in einer Periode erzielten Einkommen und dem in dieser Periode verbuchten Konsum (Sparen als Reinvermögen). Oft bezeichnet er hingegen den Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben einer Periode (Sparen als Geldvermögensbildung, wobei die Einnahmen auch Erlöse aus der Veräußerung von Sachvermögen sein können). Im wirtschaftspolitischen Kontext wird oft auf den *zusätzlichen* Konsumverzicht im Vergleich zur Vorperiode angespielt (Sparen als Anstrengung).

Diese Unschärfen können bei einer Diskussion der Vermögensbesteuerung erhebliche Folgen haben:

- Piketty vernachlässigt die *Differenzierung* zwischen produktivem und unproduktivem, produziertem und vorhandenem Kapital. Dies birgt die Gefahr, dass die eigentlichen gesellschaftlichen Folgewirkungen von Ungleichheit nicht mehr adäquat analysiert werden können. Wenn man wie Piketty dem Kapital

explizit eine *duale Rolle* (Piketty 2014, S. 48) als Wertaufbewahrungstechnologie und Produktionsfaktor zuspricht, verschwimmt der Unterschied zwischen einer Ungleichheit beim Eigentum von Grund und Boden und beim Eigentum von Produktivmitteln. Beide Eigentumsarten implizieren aber ganz unterschiedliche gesellschaftliche Konfliktpotenziale. So sind beispielsweise die Folgen von „land grabbing“ ganz anders gelagert als die Folgen einer hohen Konzentration von Aktienbesitz.

- Piketty schließt eine *ganzheitliche Betrachtung* von Kapital und Vermögen (unter Einschluss des Humankapitals und Sozialkapitals sowie unter Berücksichtigung von natürlichen Ressourcen, zu denen keine Eigentumstitel existieren) explizit aus. Dies lässt wichtige Interdependenzen zwischen unterschiedlichen Formen der Kapitalbildung unberücksichtigt. Insbesondere könnte die Festlegung auf Kapitalformen, die auf Märkten gehandelt werden, bestehenden Ökonomisierungstendenzen Vorschub leisten. So ist es eine für die Vermögensverteilung relevante, politische Fragestellung, ob bestimmte Formen immaterieller Werte marktfähiges Eigentum darstellen, oder nicht. Eine Erfindung ist nicht notwendigerweise geistiges Eigentum. Sie wird es durch Institutionalisierungsprozesse.
- Piketty unterscheidet nicht ausreichend zwischen dem Aufbau von *Sachkapital* bzw. *Sachvermögen* einerseits, der Anhäufung von *Geldvermögen* andererseits. Damit vernachlässigt er die spezifischen makroökonomischen *und* gesellschaftspolitischen Gefahren, die mit einer vermehrt auf das Geldvermögen ausgerichteten Akkumulationsaktivität verbunden sind. Gesellschaftspolitisch macht es einen spürbaren Unterschied, ob mit einem Vermögenswert ein Schuldverhältnis (Geldvermögensaufbau) oder eine spezifische Verteilung des durch Produktion erwirtschafteten Mehrwerts verbunden ist. Ebenso gibt es erhebliche Unterschiede hinsichtlich der makroökonomischen Ursachen und Folgen alternativer Formen der Vermögenskonzentration. Wenn ärmere Haushalte mit hoher Konsumneigung vermehrt Zinsen an reichere Haushalte mit niedriger Konsumneigung überweisen, kann dies sowohl das Wachstum des Produktionspotenzials als auch die Schwankungen um dieses Produktionspotenzial erheblich beeinflussen.

Die ersten beiden Aspekte werden unten in Abschnitt 3 aufgegriffen. An dieser Stelle soll es vor allem um den letzten Punkt gehen. Wie in den Beiträgen von Schmidt (2015) und Bofinger und Scheuermann (2015) wird hierzu vor allem auf saldenmechanische Zusammenhänge zurückgegriffen. Dabei handelt es sich um einen Ansatz, der von gesamtwirtschaftlichen Identitäten ausgeht, um dann Erkenntnisse über wirtschaftliche Zusammenhänge zu erzielen.

Die Stärke und gleichzeitig Schwäche eines solchen Ansatzes ist sein Top-Down-Charakter. Zentrale makroökonomische Zusammenhänge können schnell erfasst werden. Auf der anderen Seite verleitet die Vorgehensweise dazu, zu sehr in Kategorien und Definitionen und zu wenig in Verhaltensweisen zu denken. Um dieser Schwäche Rechnung zu tragen, ist dann der nächste Abschnitt einer Bottom-Up-Betrachtung gewidmet, die von einzel- hin zur gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen denkt.

„Die Schulden des einen sind immer die Vermögenswerte eines anderen.“ Diese tautologische Aussage ist ein zentraler Ausgangspunkt des Top-Down-Ansatzes. Aus dieser Aussage folgt unmittelbar, dass es gesamtwirtschaftlich keine Geldvermögensbildung geben kann. Unter Geldvermögen verstehen Volkswirte das, was umgangssprachlich als „Finanzvermögen“ bezeichnet wird. Es handelt sich um Schuldverträge, also um Ansprüche, zukünftig von einem anderen Wirtschaftssubjekt Zahlungen zu erhalten. Diesen Forderungen stehen zwangsläufig Verbindlichkeiten, also die spiegelbildlichen Zahlungsverprechen entgegen. Netto kann also in der Welt kein Geldvermögen aufgebaut werden, ebenso nicht in der geschlossenen Volkswirtschaft. Dies gilt für die Gesamtheit der inländischen Wirtschaftssektoren. Insbesondere ist jede positive oder negative Geldvermögensbildung durch den Staat (landläufig als Abbau beziehungsweise Ausweitung der Staatsverschuldung bezeichnet) gesamtwirtschaftlich zunächst vermögensneutral. Eine einzelne Volkswirtschaft kann lediglich gegenüber dem Rest der Welt Geldvermögen aufbauen. Dazu muss sie mehr einnehmen als ausgeben. Sie kann hierzu entweder mehr exportieren als sie importiert oder Erträge aus Vermögensanlagen im Ausland erzielen.

„Gesamtwirtschaftlich kann Vermögen nur in Form von Sachvermögen aufgebaut werden.“ Diese ebenfalls tautologische Aussage folgt zwingend aus dem Umstand, dass die zweite Form der Vermögensbildung, das Geldvermögen, zwar einzelwirtschaftlich, nicht jedoch gesamtwirtschaftlich zur Verfügung steht. Das Kapital/Vermögen eines Landes, so wie es auch Piketty beschreibt, setzt sich zwar aus nicht-finanziellen Aktiva (Immobilien, Maschinen, geistigen Eigen-

tumsrechten etc.) und finanziellen Aktiva (Guthaben bei Banken, Schuldverschreibungen, Unternehmensbeteiligungen wie Aktien etc.) zusammen. Von den finanziellen Aktiva bleiben hingegen nur diejenigen zur gesamtwirtschaftlichen Vermögensbildung übrig, die entweder wie Aktien direktes Eigentum an Produktionsmitteln (und nicht „nur“ Versprechungen) darstellen oder die gegenüber dem Rest der Welt Forderungen verbriefen.

Was bedeutet nun die Einführung einer Vermögenssteuer zur Schuldentilgung vor diesem (saldenmechanischen) Hintergrund? Diese Frage ist weit weniger leicht zu beantworten als man vermuten würde. Man muss den Zahlungsströmen schon genau folgen, um eine Vorstellung von den Auswirkungen zu erhalten. Vor allem ist davor zu warnen, dem Sachvermögen a priori eine wie auch immer geartete präferierte Stellung einzuräumen. Tatsächlich wird nicht selten unterstellt, Sachvermögen wie Produktionsanlagen oder Immobilien würden in der Produktion eingesetzt und verdienen deshalb ihren Eignern entsprechende Zinsen. Geld(vermögen) sei hingegen unproduktiv, weil lediglich ein Versprechen verbrieft würde. Eine solche Sichtweise unterschätzt das produktive Potenzial von Versprechungen. Es kann grundsätzlich als eine große Stärke unseres Wirtschaftssystems angesehen werden, dass ein Finanzsystem existiert, das quasi per Knopfdruck über sehr lange Zeiträume hinweg Ressourcentransfers zwischen einzelnen Wirtschaftsakteuren ermöglicht. Dieser Transfer erfolgt lediglich auf die Erwartung hin, es komme zukünftig zu einer Mehrproduktion. Er basiert lediglich auf Zukunftsvertrauen und erwartungsgenerierende Risikomanagementtechnologien. Problematisch wird dies erst, wenn das Risikomanagement versagt.

Ebenso ist vor der nicht selten vorgenommen Vereinfachung zu warnen, nachdem ein Abbau der Staatsverschuldung oder der privaten Verschuldung einer Besteuerung von Geldvermögen quasi äquivalent sei. Tatsächlich ist es ja so, dass ein Abbau der Verschuldung bei einer Wirtschaftseinheit (beispielsweise dem Staat) einen Abbau des entsprechenden Guthabens bei einer anderen impliziert. Es macht jedoch einen großen Unterschied, ob der Abbau des Guthabens wie bei einer Vermögensbesteuerung durch die Guthabenden finanziert wird oder durch dritte. Etwas allgemeiner ist es von entscheidender Bedeutung, welche Kaskaden von Zahlungsströmen einer Bestandsveränderung von Schulden- und Guthabenbeständen vorausgehen und folgen.

Nehmen wir beispielsweise an, der Staat tilge einen Teil seiner Schulden. Die bisherigen Inhaber von Staatspapieren haben nun anstelle eines Guthabens in Wertpapieren ein Guthaben in Geld. Wel-

che Alternativen stehen ihnen nun zur Verwendung dieses Guthabens zur Verfügung? Das einfachste wäre es sicherlich, den Betrag anderweitig zu verleihen, also ein neues Schuldverhältnis zu begründen. Mögliche Schuldner sind der Unternehmenssektor (beispielsweise beim Kauf einer Unternehmensanleihe), die privaten Haushalte (beispielsweise durch Vergabe eines Konsumentenkredits) oder der Finanzsektor (durch Einzahlung auf ein Girokonto oder Kauf einer Bankanleihe). So lange einer dieser Sektoren die Verschuldung besser schultern und sich zu Nutze machen kann als der ursprüngliche Schuldner Staat, kommt es zu einer Verbesserung der Situation.

Problematisch wird diese Lösung erst, wenn niemand sich zusätzlich verschulden möchte oder (aufgrund mangelnder Kreditwürdigkeit) verschulden kann. Seit Beginn der Finanzkrise ist genau dies jedoch der Fall, da tendenziell ein Druck zum Abbau von exzessiven Schuldenhebeln besteht. Verschärft wird die Situation durch den Umstand, dass vor der Krise private Schuldner in bestimmten Ländern bereit waren, Finanzierungsüberschüsse privater Gläubiger in anderen Ländern zu übernehmen. Man mag einwenden, dass dann einfach eine Anlage in realen Werten wie Immobilien oder Aktien erfolgen sollte. Dann jedoch würde das Guthaben von dem neuen zu dem ehemaligen Immobilienbesitzer wechseln und wiederum eine Verwendung suchen. Die Überführung des Guthabens in Sachvermögen löst also keinesfalls das Problem, dass die Auflösung des ursprünglichen Schuldverhältnisses zwischen Staat und dem Halter der Anleihe entweder in einem neuen Schuldverhältnis oder in einer Reduktion der Guthaben münden muss. Zudem muss gefragt werden, ob es aufgrund der zusätzlichen Nachfrage nach Sachvermögen zu entsprechenden Preissteigerungen kommt, ob diese Preissteigerungen dauerhaft sind oder in Blasenbildung münden und welche Folgerungen diese Preissteigerungen haben (beispielsweise, weil ein Anstieg der Immobilienpreise virtuelles Eigenkapital schafft und damit neue Verschuldungsprozesse auslösen kann).

Leider wissen wir selbst nach der Krise relativ wenig über die genauen Zahlungskaskaden, die durch die Begründung oder Auflösung von Schuldverhältnissen initiiert werden. Beispielsweise wird kontrovers diskutiert, welchen Weg sich die krisenbedingte zusätzliche Geldschöpfung durch Zentralbanken bahnt. Kommt sie der Realwirtschaft zugute? Oder stützt sie lediglich den Finanzsektor? Welche internationalen Verlagerungen werden durch sie ausgelöst? In ähnlicher Weise zeigt die Erfahrung der letzten Jahre, dass Politik und Wirtschaftsexperten von den einer Entschuldungsmaßnahme folgenden Kaska-

denwirkungen regelmäßig überrascht wurden. Hierzu genügt ein Blick auf die zahlreichen Fehleinschätzungen im Zuge der Eurokrise.

Die Relevanz der saldenmechanischen Zusammenhänge liegt also nicht, wie von ihren Gegnern oft behauptet, in Komplexitätsreduktionen der einen oder anderen Art. Vielmehr führt sie zu einer Anreicherung des Diskurses mit Komplexität. Befürworter einer Vermögensbesteuerung sollten deshalb zunächst die Frage beantworten, ob sie dieser Komplexität Rechnung tragen können. Anders formuliert: Hält die Vermögensbesteuerung der saldenmechanisch begründeten Komplexitätsproblematik stand? Drei Argumente sprechen in diesem Zusammenhang für eine Vermögensbesteuerung.

Erstens liegt ein zentraler Vorteil der Vermögensbesteuerung gerade in ihrem Potenzial zur Komplexitätsreduktion. Eine ähnlich übersichtliche Gemengelage beim Abbau von Schulden birgt lediglich die Inflationierung, die viele Parallelen zur Vermögensbesteuerung aufweist. Sowohl eine mittels Überraschungsinflation als auch eine mittels Vermögensbesteuerung finanzierte Entschuldung schafft relative Überschaubarkeit bei den Finanzierungsgrundlagen und Folgewirkungen. Weil einem Teil des Schuldenabbaus zumindest mittelbar ein bekannter Guthabenabbau zuzuordnen ist, wird Unsicherheit reduziert. Dies ist insbesondere im Vergleich zu den komplexen gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Wirkungen einer Politik der Austerität ersichtlich. Der Wider- und der Vermeidungswille einer kleinen Anzahl Vermögender gegenüber einer Vermögenssteuer sind höchstwahrscheinlich weit überschaubarer als die wohlfahrtsökonomischen und politischen Konsequenzen einer auf Lohn- und Transferbezieher ausgerichteten Sparpolitik.

Zweitens mehrten sich die Hinweise, dass die mit einer Vermögensbesteuerung einhergehende Umverteilung selbst makroökonomisch stabilisierend wäre. Mit einem Rückgang von gesamtwirtschaftlichen Instabilitäten dürfte zumindest die von der Bevölkerung „gefühlte“ Komplexität reduziert werden. Dieser Effekt käme ganz ohne Gegenbuchung im Sinne einer vermögenssteuerfinanzierten Entschuldung zustande. Im Kern geht es lediglich um die Umkehrung der negativen Begleiterscheinungen eines exzessiven Aufbaus von Geldvermögen.

Worin bestehen diese Begleiterscheinungen? Inzwischen gibt es zahlreiche Indizien für die These, dass ein Zusammenhang zwischen einer ungleicher werdenden Einkommens- und Vermögensverteilung, dem Aufbau übermäßiger Verschuldungsgrade und dem Entstehen makroökonomischer Pathologien besteht. So zeigen Kumhof, Rancière, und Winant (2015), dass eine Umverteilung hin zu besonders vermögenden Bevölkerungsgruppen zu einem überproportionalen

Aufbau von Forderungspositionen führen kann. Die Forderungspositionen werden dabei von reicher werdenden gegenüber ärmer werdenden Bevölkerungsgruppen aufgebaut. Da so Verschuldungshebel genau dort entstehen, wo sie langfristig nicht tragbar sind, kommt es zu einer Situation zunehmender finanzieller Instabilität.

Offensichtlich ist es für einen solchen Zusammenhang entscheidend, ob die hohe Ersparnisneigung der reicher werdenden Gruppierungen sich auf Sachvermögen oder Geldvermögen richtet. Diese Frage leitet direkt zu dem erwähnten dritten Argument für eine Vermögensbesteuerung hin. Interessanterweise steht dieses Argument im Widerspruch zu den akkumulationstheoretischen Analysen Pikettys. Hierauf weisen wiederum Bofinger und Scheuermeyer (2015) hin. Schmid (2015) unterstützt diese Sichtweise, merkt jedoch zurecht an, dass sie die Forderung nach einer Vermögensbesteuerung eher noch verstärkt.

Gesamtwirtschaftlich entspricht die Ersparnissumme dem Aufbau von Sachvermögen, landläufig als Investitionen bezeichnet, plus der Veränderung des Geldvermögens, also dem Aufbau von Forderungspositionen gegenüber dem Ausland. Mit solchen Investitionen geht bekanntlich ein Erhalt (Ersatzinvestitionen) und Aufbau (Nettoinvestitionen) des Kapitalstocks einher. Da weite Teile der Wachstumstheorie und auch Piketty dem Geldvermögen keine Beachtung schenken, werden dort Ersparnisse üblicherweise 1:1 in Investitionen transformiert. Die Ersparnisbildung treibt bei Piketty den Aufbau des Kapitalstocks in einem Ausmaß voran, dass das Verhältnis von Kapitalstock (auf dessen Basis die Vermögenden Zinsen erzielen) zu Einkommen (das den weniger Vermögenden Konsummöglichkeiten verschafft) immer weiter ansteigt. Dies stellt einen wesentlichen Grund für die prognostizierte Zunahme der Ungleichheit dar.

Der entscheidende Schwachpunkt dieser Argumentation wird bei einer expliziten Berücksichtigung des Geldvermögens offensichtlich.¹ Warum sollten die Vermögenden überhaupt über längere Zeiträume in den Kapitalstock investieren? Wenn die Einkommen der großen Masse der Bevölkerung mit dem Wachstum des Kapitalstocks nicht Schritt halten können werden Produktionskapazitäten aufgebaut, ohne das gleichzeitig ein entsprechender Zuwachs von Kaufkraft und damit Nachfrage zu verzeichnen wäre. Die Sinnhaftigkeit der Investition ist dann in Frage gestellt. Betriebswirtschaftlich sinkt die Rendite einer Ausweitung der Kapazitäten.

(1) Von theoretischen Erwägungen hinsichtlich der Substituierbarkeit von Arbeit und Kapital wird hier abgesehen. Diese verstärken das Argument jedoch nur.

Wenn Investitionen in die Realwirtschaft jedoch keine befriedigende Rendite versprechen, steigt die Tendenz zum Geldvermögensaufbau. Bereits vor Ausbruch der Krise gab es Indizien für eine solche Entwicklung, insbesondere das seit den siebziger Jahren sinkende Zinsniveau. Diese Indizien wurden jedoch durch den Umstand verschleiert, dass es noch genügend Weltregionen gab, die bereit waren, die Geldvermögensbildung in Ländern wie Deutschland oder China zu absorbieren. Seit Ausbruch der Krise wird die mangelnde Bereitschaft zu realwirtschaftlichen Investitionen jedoch vollends offensichtlich. Insbesondere der Unternehmenssektor behält Gewinne ein, um Geldvermögen aufzubauen. Er tut dies, indem er entweder neue Schuldverhältnisse begründet oder indem er eigene Schulden abbaut.

Die seit Jahren anhaltende Tendenz zur Unterauslastung der Wirtschaft ist eine Folge dieser Situation. Wenn die geplanten privaten Investitionen dauerhaft geringer als die geplanten privaten Ersparnisse sind, kommt es zu einer permanenten Nachfrageschwäche. In dieser im Rückgriff auf Hansen häufig als säkulare Stagnation bezeichneten Situation stellt sich nicht nur die Frage, wie mit den gesellschaftlichen Folgen einer andauernden Unterauslastung des Produktionspotenzials umzugehen ist. Es wird zunehmend schwieriger zu bestimmen, wie der erwünschte Aufbau von Geldvermögen sinnvoll vonstattengehen kann.

Kurzfristig springt in solchen Situationen üblicherweise der Staat ein. Er übernimmt die Rolle des Schuldners und finanziert so Ausgaben, so dass gleichzeitig das Nachfragedefizit abgemildert wird. Doch soll der Staat diese Rolle dauerhaft übernehmen? Eine solche Lösung des Problems deutete sich in den letzten Jahrzehnten in Japan an, mit nicht nur negativen, sondern durchaus gemischten Resultaten. Wahrscheinlicher ist hingegen eine Entwicklung, wie sie in den letzten Jahren in Europa zu beobachten war: Der Staat gleicht das Missverhältnis zwischen Ersparnis und Investition zunehmend weniger aus. Stattdessen wird die nun notwendige Schrumpfung des Volkseinkommens, also des Reservoirs, aus dem Ersparnisse gebildet werden, hingenommen.

Für dieses zweite Szenario sprechen vor allem zwei Gründe. Erstens scheint der Staat immer weniger in der Lage und willens zu sein, die Rolle des Schuldners der letzten Instanz zu übernehmen. Selbst wenn er dies wäre, müsste zweitens gefragt werden, ob die staatliche Verwendung der Überschusserparnisse nicht zielgerichteter organisiert und geplant werden müsste. Vor diesem Hintergrund bieten sich drei komplementäre wirtschaftspolitische Ansatzpunkte an, die durchaus miteinander kombiniert werden könnten:

- Der erste Ansatzpunkt sind die verteilungspolitischen Gründe für die hohen geplanten privaten Ersparnisse. Die Tendenz zur übermäßigen Ersparnisbildung könnte durch eine Umverteilung von Bevölkerungsteilen mit hoher zu Bevölkerungsteilen mit niedrigerer Sparquote vermindert werden.
- Der zweite Ansatzpunkt sind die verteilungspolitischen Gründe für die niedrige Rentabilität von Investitionen in Realkapital. Eine an Sparquoten ansetzende Umverteilung würde diesen Punkt quasi automatisch mit berücksichtigen, da eine niedrige Sparquote mit einer hohen Konsumneigung einhergeht.
- Der dritte Ansatzpunkt versetzte den Staat in die Lage, seine Rolle als Schuldner der letzten Instanz sinnvoll auszufüllen, indem man ihm eine zielgerichtete und planvolle Rolle als Investor der ersten Instanz zuspricht. Eine solche Umkehrung der Initiatorrolle könnte beispielsweise mit den Herausforderungen begründet werden, die die Mobilisierung von Ressourcen für die sehr langfristigen und umfangreichen Investitionen im Bereich der Dekarbonisierung mit sich bringt.

Es ist augenfällig, dass eine Vermögenssteuer einer an diesen Punkten ansetzenden wirtschaftspolitischen Strategie zuträglich wäre. Sie würde nicht nur die zur Ausbalancierung von geplanter Ersparnis und geplanten Investitionen notwendige Umverteilung unterstützen. Sie würde auch eine stabile Grundfinanzierung staatlicher Investitionstätigkeit gewährleisten. Als Bindeglied zwischen Ersparnis- und Investitionslenkung stünde sie im Zentrum einer am Problem der säkularen Stagnation ansetzenden Wirtschaftspolitik.

Offensichtlich würde eine solche Politik nicht alle Probleme, die zu der aktuell schwierigen gesamtwirtschaftlichen Situation beitragen, lösen. Die hohe Ersparnisneigung ist ein vielschichtiges Phänomen, bei dem nicht zuletzt demografische Entwicklungen eine Rolle spielen. Die niedrige erwartete Rendite auf Realkapitalbildung hat ebenfalls eine Vielzahl von Gründen. Zudem ergäbe sich eine Reihe von Gefahren, da mit der wachsenden Rolle des Staates auch die Gefahr von Staatsversagen zunähme. Dennoch ist nicht von der Hand zu weisen, dass in der aktuellen Situation einiges für einen solchen Verwendungszusammenhang einer Vermögenssteuer spräche.

⇒ 2.2 Vermögens- und Kapitalbesteuerung aus Sicht der Theorie optimaler Besteuerung

Die bisherige Analyse setzt voraus, dass es zu keinen Verhaltensanpassungen kommt. Solche Verhaltensanpassungen wären im We-

sentlichen auf eine Vermeidung zukünftiger Steuerbelastungen ausgerichtet. Genau hier setzt die Bottom-Up-Analyse ein. Sie fragt, welche Wirkungen eine Vermögensbesteuerung auf das einzelwirtschaftliche Verhalten hätte. Dabei spricht auf den ersten Blick einiges für die These, dass eine Besteuerung von in der Vergangenheit akkumulierten Vermögen für sich genommen zwar unschädlich, in ihren Auswirkungen auf die zukünftige Kapitalakkumulation jedoch schädlich sein würde. Wenn das mühsam durch Verzicht aufzubauende Kapital in Zukunft konfisziert wird, lohnt sich der Verzicht etwas weniger. Würde die reale Rendite auf Kapital vier Prozent betragen, würde eine Vermögenssteuer von einem Prozent pro Jahr äquivalent zu einer 25-prozentigen Besteuerung von Kapitalerträgen sein. Auch die Steuerbehörden würden immer weniger Freude an einer solchen Maßnahme haben. Je mehr Kapital verzehrt wird, desto kleiner werden die Steuerbasis und damit die potenziellen Steuereinnahmen. Schlimmer noch: Auch die Basis für eine klassische Einkommensbesteuerung könnte leiden, wenn niedrige Kapitalakkumulationsraten zu geringem Produktions- und damit Einkommenswachstum führten. Durch die Verhaltensanpassungen, die in Zukunft durch sie ausgelöst werden, führt sich die Vermögensbesteuerung selbst ad absurdum. Sogenannte Vermögensabgaben setzen genau an diesem Punkt an. Da sie nur (und wirklich nur) einmal erhoben werden, betreffen sie lediglich die Vergangenheit. Wenn das Versprechen der Einmaligkeit glaubwürdig ist, gibt es keinerlei Grund, das Verhalten (das ja nur die Zukunft und nicht die Vergangenheit verändern kann) anzupassen. Man stelle sich vor, man wache morgens auf und auf dem Konto fehlen 1.000 Euro mit dem Hinweis, diese seien als einmalige und nie wieder durchzuführende Abgaben vom Staat eingezogen worden. Man würde mit den Zähnen knirschen, aber sein Verhalten sonst nicht anpassen.

Da Verhaltensanpassungen die Achillesferse jeder Steuer sind, ist die Vermögensabgabe sogar eine fast ideale Steuer. Kein noch so neoliberaler Volkswirt kann aus theoretischen Gründen gegen sie sein. Die Probleme sind lediglich praktischer Natur: Erstens dürfte es in der Praxis schwierig sein, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die Abgabe wirklich nur einmal erhoben wird. Fehlt diese Glaubwürdigkeit kommt es zu Ausweichreaktionen nach der Abgabenerhebung. Zweitens stellt sich das Problem, dass zwischen der Ankündigung der Abgabe und der Erhebung der Abgabe genug Zeit für eine Umgehung bliebe – die Vermögen könnten beispielsweise einfach ins Ausland verbracht werden. Dabei ist nicht die formelle Ankündigung das Problem, die selbstverständlich den Tag der Ankündigung als Stichtag zur

Ermittlung der Besteuerungsbasis nennen würde. Das Problem entstünde in der Phase, in der sich der politische Wille zu einer Abgabe bildet und diese immer wahrscheinlicher wird. Wenn man eine Vermögensabgabe ordentlich im demokratischen Prozess ableiten möchte, gibt es deshalb nur eine Lösung: Eine weitgehend globale Einführung. Die meisten Ökonomen lehnen Vermögens- und Kapitalsteuern rundweg ab, da sie ihre schädlichen Wirkungen auf Ressourcenallokation und Wachstum für offensichtlich halten. Tatsächlich ist die breite und zunehmend unübersichtliche Literatur zur optimalen Besteuerung voll von Warnhinweisen hinsichtlich der Besteuerung unterschiedlichster Bezugsgrößen. Dabei geht es keinesfalls nur um *Substanzsteuern* (also einer Besteuerung des Kapital- oder Vermögensbestands unabhängig von etwaigen Erträgen). Kapitalbasierte *Ertragssteuern* schneiden ähnlich schlecht ab. So sind viele Ökonomen – in Deutschland mit ziemlicher Sicherheit eine deutliche Mehrheit – der Überzeugung, dass Kapitaleinkünfte (also beispielsweise Zinsen und Dividenden) vollständig von Steuern befreit werden müssten. Die in diesem Zusammenhang angeführten Argumente werden häufig direkt auf Fragen der Substanzbesteuerung angewendet. Sie sind deshalb für das Thema dieses Beitrages äußerst relevant. Nimmt man die Standardresultate der optimalen Besteuerungstheorie ernst, müsste die Abschaffung von Kapitalertragssteuern von einer vollständigen Abschaffung von Unternehmensgewinnsteuern, Erbschaftsteuern, und Grundsteuern begleitet werden. Sofern Arbeitseinkünfte Erträge auf Humankapital sind, wird sogar deren Besteuerung ein grundsätzliches Problem (Jones, Manuelli and Rossi 1997).

Was steckt hinter dieser radikalen Vorstellung?² Zum einen befürchten Ökonomen die Verzerrung von im Grunde optimalen intertemporalen Konsum- und Investitionsentscheidungen. Vor dem Hintergrund der zentralen Bedeutung der Kapitalakkumulation für die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Produktion sollten Sparer keinesfalls entmutigt werden, zumal das Kapitalangebot vor dem Hintergrund der Globalisierung hochelastisch reagieren dürfte. Zum anderen steckt hinter diesen Ergebnissen das zentrale Grundproblem, dass die Theorie optimaler Besteuerung zu lösen versucht: Eine Gesellschaft mit spezifischen ethischen Prinzipien möchte diese Prinzipien selbstverständ-

(2) Ein sicherlich wichtiger, aber in der Folge nicht näher betrachteter Grund für die Aversion vieler Ökonomen ist das wohl auf John-Stuart Mill zurückgehende Argument, die Ersparnisse jedes Einzelnen seien letztendlich nur das, was vom Nettoeinkommen, also vom Einkommen abzüglich Lohnsteuer übrig bliebe. Eine Besteuerung der Erträge auf diese Ersparnisse oder gar der angehäuften Ersparnisse selbst sei somit eine Form der ungerechtfertigten Doppelbesteuerung.

lich auch im Steuersystem implementiert sehen. Dazu ist es notwendig, Individuen mit unterschiedlichen Eigenschaften unterschiedlich zu besteuern. Beispielsweise könnte es ein Ziel sein, jenen Teil der Bevölkerung, der besonders reich mit Talenten, Begabungen oder anderen Vorzügen ausgestattet sind, etwas stärker zu besteuern. Wenn man diese Eigenschaften von staatlicher Seite perfekt beobachten könnte, wäre die Theorie sehr übersichtlich: Sie würde einfach die Beziehung zwischen der beobachteten Eigenschaften und dem zur Erzielung gewisser Einnahmen notwendigen Steuersatz ermitteln. Interessant wird die Theorie erst durch den Umstand, dass die ethisch relevanten Eigenschaften eben nicht beobachtet werden können. Es müssen Größen wie das in einer Periode erzielte Einkommen herangezogen werden, die eine gewisse Korrelation mit den Eigenschaften aufweist. Die imperfekte Wahl zwischen den Ersatzeigenschaften führt zu Ausweichreaktionen und Verzerrungen.

Dabei stehen drei Mechanismen im Mittelpunkt der Analyse. Erstens kann theoretisch gezeigt werden, dass die Sparsentscheidungen von Dynastien mit unendlichem Planungshorizont sehr empfindlich auf Veränderungen der Kapitalrendite nach Steuern reagieren (Chamley 1986 und Judd 1985). Diese Dynastien sparen mit einem Auge für nachfolgende Generationen. Sie treffen ihre Ersparnisentscheidung unter Berücksichtigung der diskontierten Kapitalrendite einer Volkswirtschaft. Eine Besteuerung von Kapitalerträgen hat dann zur Folge, dass eine geringere Zahl von Investitionsprojekten durchgeführt wird. Die Rendite der Projekte muss mindestens so hoch sein, dass der erwartete Zusatzertrag die anfallende Steuer kompensiert. Jede Kapitalertragssteuer wird deshalb die Nachsteuerrendite unverändert lassen, sich dafür jedoch in der erwarteten Vorsteuerrendite widerspiegeln. Je höher die Steuer, desto geringer die Verfügbarkeit von Projekten, die eine solche Vorsteuerrendite ermöglichen, und desto kleiner der Kapitalstock. Unter den Wachstumseinbußen verminderter Kapitalakkumulation leiden selbst die Haushalte, die keine Ersparnis bilden.

Zweitens besteht ein wesentliches Resultat der Theorie optimaler Besteuerung darin, dass die Besteuerung von Zwischenprodukten Nachteile gegenüber der Besteuerung von Endprodukten aufweist. Da Kapital ein solches Zwischenprodukt ist, sollte es nicht besteuert werden (Diamond und Mirrlees 1971). Der optimale soziale Planer wird unabhängig von der Allokation von Ressourcen auf die Herstellung unterschiedlicher Endprodukte immer darauf achten, dass die Produktion einer gegebenen Kombination von Endprodukten möglichst effizient erfolgt. Das bedeutet insbesondere, dass das Verhält-

nis, mit dem unterschiedliche Produktionsfaktoren zum Einsatz kommen, optimal gewählt wird. Deshalb ist es besser, allokativen Umschichtungen am Ende des Produktionsprozesses auszulösen, indem man die Besteuerung dort vornimmt. Ein Steuersystem, das zwischen unterschiedlichen Sektoren oder unterschiedlichen Produktionsperioden differenziert, führt zu suboptimalen Kombinationen von Produktionsfaktoren. Die Besteuerung von Kapital, egal ob physisch oder human, legt die Wahl einer Produktionstechnologie oder einer zeitlichen Struktur der Produktion nahe, die eine Volkswirtschaft unter ihren Möglichkeiten hält. Ebenso führt die Besteuerung von Unternehmensgewinnen zu einem Abfluss von Kapital aus den Bereichen, wo es am meisten gebraucht wird.

Drittens hat die Theorie optimaler Besteuerung eine klare Präferenz für Steuern, die uniform sind, also die keine unnötigen Differenzierung zwischen Aktivitäten desselben Typs benötigen. Im Fall der Kapitalbesteuerung bezieht sich dies insbesondere auf die unterschiedliche Behandlung eines sofortigen Konsums gegenüber eines zukünftigen Konsums, also einer unnötigen zeitlichen Differenzierung. Atkinson and Stiglitz (1976) zeigen, dass eine Verletzung dieses Prinzips der Uniformität durch Kapitalsteuern zu einer Situation führt, in der sich die Verteilungssituation im Vergleich zu alternativen Besteuerungsformen nicht verbessert. Lediglich die Sparscheidung wird verzerrt, zu Ungunsten der Sparer. Hintergrund ist die Vorstellung, dass eine Kapitalbesteuerung dazu führt, dass die Steuerbelastung umso höher ist, je weiter der Konsum in die Zukunft verlagert wird. Schließlich wird ein Verzicht auf Konsum so lange besteuert, so lange der Verzicht anhält.

Angenommen, eine Regierung möchte ein gewisses Maß an Umverteilung und eine gewisse Summe an Einnahmen erreichen. Sie strebe dies aktuell durch eine entsprechende differenzierende Besteuerung unterschiedlicher Einkommensniveaus an. Kann sie eine Verbesserung der Situation erreichen, wenn sie zusätzlich zu dieser Diskriminierung eine weitere einführt? Diese bestünde in unterschiedlichen Steuern für Personen, die das gleiche Einkommen aufweisen, aber durch Ersparnisbildung zu unterschiedlichen Zeitpunkten konsumieren. Dies wäre nur dann sinnvoll, wenn auf diese Weise die Verzerrungen der Arbeitsangebotsentscheidung, die auf die differenzierende Einkommensbesteuerung zurückgehen, abgemildert würden. Atkinson und Stiglitz können zeigen, dass dies nur unter sehr ungewöhnlichen Annahmen hinsichtlich der Vorlieben von Individuen für Güter- und Freizeitkonsum der Fall wäre. Der soziale Planer kann sich deshalb die zweite – intertemporale – Verzerrung durch Kapitalsteuern

genauso gut sparen. Genauso wenig macht es Sinn, bestimmte Güter zu besteuern, nur weil sie von vermögendere Teilen der Bevölkerung vermehrt konsumiert werden. Auch hier setzt man besser einfach am Einkommen an, da die weitere Verzerrung durch Luxusgütersteuern keine Minderung der Verzerrung durch die Einkommensbesteuerung ermöglicht.

Inwieweit hält diese Fundamentalkritik an der Vermögensbesteuerung einer genaueren Analyse stand? Stiglitz selbst hat darauf hingewiesen, dass die Bedingungen, unter denen eine Kapitalbesteuerung auszuschließen sei, in der Realität häufig nicht erfüllt sind (Coy 2014). Gerade in den letzten Jahren wurden zudem zahlreiche Argumente entwickelt, die der immer wieder geäußerten Skepsis einer Kapitalbesteuerung gute Gegenargumente entgegensetzen.

Piketty, Saez und Zucman (2013) führen z.B. zwei Argumente für eine Kapital- und Vermögensbesteuerung an, die direkt mit den Grundprämissen der Theorie optimaler Besteuerung im Einklang stehen. So ist erstens fraglich, ob es tatsächlich möglich ist, eine klare Trennlinie zwischen Kapital- und Arbeitseinkünften zu ziehen. Sowohl Unternehmenseigner als auch Unternehmenslenker haben häufig erhebliche Spielräume, ihr Einkommen auf unterschiedliche Weise zu definieren. Ein beliebtes Beispiel sind die Einkünfte der Manager von Hedgefonds und Private Equity Fonds. Diese lassen sich ihre Arbeitsleistung zu einem beträchtlichen Teil in Form von Kapitalerträgen vergüten, die steuerlich stark bevorteilt sind. Die mangelnde Unterscheidbarkeit zwischen Kapital- und Arbeitseinkünften ist natürlich noch kein Argument für eine Vermögensbesteuerung im Sinne einer Substanzbesteuerung. Sie unterstützt vielmehr nur die Forderung nach einer Gleichbehandlung unterschiedlicher Einkommensarten. Die Notwendigkeit einer echten Vermögensbesteuerung kann hingegen aus einer anderen mangelnden Unterscheidbarkeit abgeleitet werden – das ist das zweite Argument von Piketty, Saez und Zucman. Dieses setzt bei der Schwierigkeit an, ein sinnvolles Einkommenskonzept für Vermögende zu konstruieren. Ein solches Konzept müsste insbesondere den tatsächlichen Gesamtzufluss von Einkommen vom konsuminduzierten Zufluss von Einkommen unterscheiden. Hintergrund ist der Umstand, dass bei sehr vermögenden Individuen und Haushalten das besteuerbare Einkommen sehr viel niedriger ist als das ökonomische Einkommen. Beispielsweise fallen die Erträge auf hohe Vermögen häufig zuerst einmal in Stiftungen oder Holding-Gesellschaften an. Diese überweisen dann lediglich den Teil des Ertrages als Einkommen, der für Konsumzwecke benötigt wird – der Rest wird reinvestiert. Die Erfahrung zeigt, dass es sehr schwierig ist,

den Einkommenscharakter dieser reinvestierten Beträge vollumfänglich zu dokumentieren.

⇒ 2.3 Grundprobleme der Theorie optimaler Besteuerung

Selbst einige Vertreter der Theorie optimaler Besteuerung, die der Vermögensbesteuerung traditionell sehr skeptisch gegenübersteht, kommen jüngst also zu dem Ergebnis, dass eine Besteuerung von Kapital/Vermögen sinnvoll sein kann. Die Argumentation pro Vermögenssteuer wird noch verstärkt, wenn man sich aus den oft engen konzeptionellen Beschränkungen dieser Theorie löst. Dabei sollen an dieser Stelle drei Schwachstellen der Theorie angesprochen werden, die für die Frage der Kapital- und Vermögensbesteuerung besonders relevant sind: (i.) Die Fiktion des sozialen Planers; (ii.) die prinzipielle Offenheit aber faktische Geschlossenheit gegenüber nicht-utilitaristischen Wohlfahrtsfunktionen sowie (iii.) die Bedeutung von Verzerrungen, die nicht im Steuersystem begründet sind.

(i) Die Theorie optimaler Besteuerung ist stark von der Annahme eines sozialen Planers geprägt. Eine oft wenig beachtete Folge dieser Annahme ist die Voraussetzung, dass zum Zeitpunkt der Entscheidung meist noch keine politischen Fehler begangen worden sind. Die optimale Besteuerungstechnologie wird auf der grünen Wiese oder am grünen Tisch bestimmt. In der politischen Realität wird hingegen häufig der Fall vorherrschen, dass frühere Entscheidungen sich im Licht aktueller Erkenntnisse als falsch erweisen und korrigiert werden müssen. Eine Steuerreform, die in einer solchen Situation entworfen wird, kann durchaus Elemente einer Kapitalbesteuerung notwendig machen, die vom Optimum aus betrachtet nicht sinnvoll ist. So kann eine Steuerreform, die besonders begüterte Bevölkerungsgruppen unerwartet stark bevorteilt zu einer nicht intendierten Vermögenskonzentration führen. Diese wiederum könnte eine nachholende Kapitalbesteuerung notwendig machen.

Gerade dies scheint in der aktuellen Situation von erheblicher Bedeutung zu sein: Die Besteuerung des besser betuchten Teils der Bevölkerung wurde in den letzten Jahren weltweit zurückgefahren. Die Steuersysteme sind weniger progressiv geworden und verteilen in sehr viel geringerem Maße um als früher. Damit wurde der an sich schon bestehende Trend zu einer höheren Vermögens- und Einkommenskonzentration verstärkt. Sollen nun Gegenmaßnahmen ohne Vermögensbesteuerung ergriffen werden, würde dies mit großer Wahrscheinlichkeit zu Einkommenssteuersätzen führen, die extreme Verzerrungen hervorrufen würden. Zudem würden diese Einkom-

menssteuersätze für Arbeits- und Kapitaleinkünfte gleichermaßen gelten müssen, also auf jeden Fall auch am Kapital ansetzen.

(ii) Darüber hinaus zeichnet sich die Theorie optimaler Besteuerung zwar tatsächlich dadurch aus, dass sie prinzipiell jegliche ethische Anforderung an eine differenzierte Besteuerung abbilden kann (Atkinson und Stiglitz 1976, 56-57). In der Realität sind jedoch die allermeisten Modelle utilitaristisch geprägt (Mankiw, Weinzierl und Yagan 2009, 50). Dies erschwert eine Berücksichtigung der in politischen Debatten nicht unwichtigen These, die Fiskalpolitik müsse einen Ausgleich zwischen der Gruppe der Kapitaleigner und den Arbeitnehmern befördern. Wenn das optimale Design eines Steuersystems nicht nur das über Konsum-, Spar- und Arbeitsangebotsentscheidungen vermittelte Nutzenniveau bei gegebenen Präferenzen berücksichtigen muss, verändert dies die Situation erheblich.

(iii) Schließlich kennt die Theorie optimaler Besteuerung zwar zahlreiche Verzerrungen durch Steuern und andere Einflüsse, die Interferenzen zwischen unterschiedlichen Verzerrungen finden hingegen nur selten Berücksichtigung. So ist der Arbeitsmarkt durch zahlreiche Informations- und Anreizprobleme gekennzeichnet, die durch das Steuersystem abgemildert oder verstärkt werden. Viele Befürworter von Kapitalsteuern befürchten, dass eine steuerliche Benachteiligung von Arbeitseinkommen Firmen dazu verleiten könnte, verstärkt kapitalintensivere Produktionsweisen zu wählen. Dies könnte dann in niedrigeren Löhnen oder höherer Arbeitslosigkeit resultieren. Solche Effekte sind jedoch in den meisten Modellen optimaler Besteuerung nur schwerlich möglich. Zum einen sind sie durch die Annahmen hinsichtlich der technologischen Zusammenhänge zwischen Arbeits- und Kapitaleinsatz häufig ausgeschlossen. Zum anderen sind sie durch Verhandlungsprozesse zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern vermittelt, die in den Modellen keine Rolle spielen.

Dass Verzerrungen die Ergebnisse zur Kapital- und Vermögensbesteuerung erheblich beeinflussen können, zeigen aktuelle Modelle, die Kapitalmarktunvollkommenheiten sowie endogene Wachstumsprozesse berücksichtigen. So kann eine Kapitalertragssteuer ein sinnvolles Instrument sein, um vermögenden, älteren Bevölkerungsteilen eine höhere Steuerlast aufzubürden. Da diese weit weniger unter Liquiditätsbeschränkungen (also der mangelnden Verfügbarkeit von Krediten) leiden als jüngere Generationen ist hiermit eine erwünschte intergenerative Umverteilung von Ressourcen möglich, die der Kapitalmarkt nicht leisten kann (Conesa, Kitao und Krüger 2009). Ebenso kennt die neuere Wachstumstheorie Fälle, in denen Kapitalbesteuerung sinnvoll wird, um Innovationsanreize möglichst

hoch zu halten (Aghion, Akcigit und Fernández-Villaverde 2013). Die Grundidee dieser Modelle ist, dass die Verzerrung der Arbeitsangebotsentscheidung durch Lohnsteuern die Erträge auf Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen mehr schmälert als die Verzerrung der Sparentscheidung durch Kapitalertragssteuern. Dies dürfte schon aus dem Umstand ersichtlich sein, dass die meisten Innovationen nur dann eine breite Markterschließung erreichen, wenn sie auch von denen gekauft werden, die den Großteil ihrer Konsumausgaben aus Arbeitseinkünften bestreiten.

Eine letzte von der Theorie nicht berücksichtigte Verzerrung liegt in der mangelnden Auslastung und Ausnutzung von Kapitalbeständen. Zum einen wird in den meisten Modellen vorausgesetzt, dass die Produktionskapazitäten voll ausgelastet sind. Ist dies nicht der Fall, muss geprüft werden, ob mit einer Vermögensbesteuerung nicht ein höherer Auslastungsgrad erreicht werden könnte. Wie oben ausgeführt wird nicht selten argumentiert, dass die hohe Vermögenskonzentration dazu beiträgt, dass in der Welt tendenziell ein Überschuss gewünschter Ersparnis relativ zu den geplanten Investitionen vorliegt: Die Vermögenden sparen viel, Investitionen würden sich aber nur lohnen, wenn entsprechende Kaufkraft bei weniger Vermögenden vorläge. Könnte man durch Vermögensbesteuerung den Auslastungsgrad erhöhen, würde sich dies in einer höheren Kapitalrendite vor Steuern widerspiegeln. Der Nettoeffekt der Steuer auf die Nachsteuererträge würde dann weniger negativ oder sogar positiv ausfallen.

Zum anderen gibt es zahlreiche Beispiele für Vermögensbestände, die nicht oder nicht vollständig zur Ertragserzielung eingesetzt werden oder bei denen sich das Ertragserzielungspotenzial vergrößern ließe. Ein wichtiges Beispiel sind Leerstände bei Immobilien oder Bauweisen mit hohem Bodenverzehr. Eine Kapitalsteuer würde die Eigner in diesen Fällen zwingen, ihr Vermögen möglichst umfänglich zum Einsatz zu bringen. Dies würde die Reduktion der Nachsteuerrendite durch eine Erhöhung der Vorsteuerrendite kompensieren und positive Wachstumseffekte nach sich ziehen. Vermögende würden gezwungen, zum Nutzen aller stärker ins Risiko einer realen Verwertung zu gehen.

⇒ 3 Kapitalbewahrung durch Kapitalbesteuerung

Die bisher vorgebrachten Argumente spiegeln wirtschaftspolitische Grundhaltungen zweier unterschiedlicher Denkschulen wider. Der zentrale Unterschied zwischen beiden Denkschulen besteht in der

Rolle, die unterschiedliche Akteure beim Aufbau und bei der Allokation von Realkapital wahrnehmen. In der einen Sichtweise, die sich vor allem die Theorie optimaler Besteuerung widerspiegelt, sind es private und nicht selten vermögende Sparer, die die Quelle von Kapitalakkumulation und wirtschaftlichem Wachstum sind. In der anderen, in Abschnitt 2.1 dargelegten Sichtweise, kommt es vor allem darauf an, dass ausreichend investiert wird. Dabei nimmt nicht selten der Staat die Rolle des Investors der letzten Instanz ein.

Während bei den wirtschaftspolitischen Grundhaltungen deutliche Unterschiede zu Tage treten, weisen beide Denkschulen in anderer Hinsicht ähnliche Grundvorstellungen auf. Diese beziehen sich insbesondere auf die Rahmenbedingungen, unter denen langfristige wirtschaftliche Entwicklungs- und Wachstumsprozesse ablaufen.³ Insbesondere gehen beide Denkschulen davon aus, dass drei zentrale Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum üblicherweise gegeben sind und nicht erst hergestellt oder dauerhaft gesichert werden müssen. Eine dieser Voraussetzungen ist ein ausreichender Bestand an Humankapital, also an Wissen, Verhaltensweisen, Gewohnheiten und Persönlichkeitsmerkmalen, mit denen die Möglichkeit verbunden ist, zu arbeiten oder anderweitig einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten. Eine zweite Voraussetzung ist ein ausreichender Bestand an Sozialkapital, also an Reziprozität, Vertrauen, Kooperationsbereitschaft und Stabilität in gesellschaftlichen Beziehungen.⁴ Schließlich wird üblicherweise ein ausreichender Bestand an Naturkapital vorausgesetzt, also Ökosysteme, die einen Strom entsprechender Güter und Dienstleistungen liefern.

Zugespitzt könnte man sagen, dass die beiden genannten Denkschulen auf jeweils das gleiche Utopia blicken. Wenn nur die richtigen Weichenstellungen hinsichtlich der Real- und Finanzkapitalbildung getroffen werden, wird es zu einem dauerhaften Entwicklungsprozess kommen. Das Ausmaß materiellen Wohlstands und Wohlbefindens wird weiter steigen. Die für diese Entwicklungen notwendigen Rahmenbedingungen hinsichtlich des Human-, Sozial- und Naturkapitals

(3) Selbstverständlich haben beide Denkschulen unterschiedliche Wachstumstheorien hervorgebracht. Diese weisen erhebliche Unterschiede auf, wie schon ein Vergleich zwischen den Wachstumsmodellen von Harrod (1939) und Domar (1946) einerseits sowie Solow (1956) und Swan (1956) andererseits oder die sogenannte Cambridge-Cambridge-Kontroverse zeigt. Beide Denkwelten gehen jedoch im Kern davon aus, dass Gesellschaften sich materiell weiterentwickeln, wenn nur die richtigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Hinblick auf die Realkapitalbildung getroffen werden.

(4) Auf eine Diskussion verwandter Kapitalformen, etwa des symbolischen und des kulturellen Kapitals (Bourdieu 1986) wird an dieser Stelle verzichtet.

werden weitgehend als gegeben vorausgesetzt. Mit dieser Sichtweise unterscheiden sich die beiden Denkschulen beispielsweise von der klassischen Ökonomie. Diese reflektiert normalerweise die gesellschaftlichen und natürlichen Bedingungen von Wachstum mit. Womöglich sind Wachstum und Entwicklung für Ricardo, Malthus und Sismondi deshalb auch ein sehr viel fragilerer Prozess.⁵ Wenn die Rahmenbedingungen für Wachstum nicht mit Sicherheit gegeben sind oder sogar vom Wachstum selbst in Frage gestellt werden, ist Wachstum insgesamt kein Selbstläufer mehr:

- Bei Ricardo ist es die immer stärkere Beanspruchung des Grund und Bodens (und damit des Naturkapitals), die Widersprüche in der Logik des Wachstums hervorruft. Sobald das vorhandene Naturkapital voll oder sogar übermäßig beansprucht ist, fallen die Löhne auf ein soziokulturelles Existenzniveau. Produktionswachstum kann langfristig zu Einkommensschumpfung führen, weil die Besitzer des Naturkapitals größere Rentenzahlungen durchsetzen können. Die Beschränktheit natürlicher Ressourcen stellt eine Barriere auf dem Weg nach Utopia dar.
- Malthus Schwerpunkt liegt auf dem Humankapital. Das Anwachsen des Trägers dieses Humankapitals, der Bevölkerung, muss begrenzt werden. Nur so könne Verelendung verhindert werden. Ganz explizit schließt er aus, dass Wachstumsprozesse in Utopia enden. Göttliche Vorsehung habe dafür gesorgt, dass die Dynamik des Bevölkerungswachstums stärker sei als die Wachstumsdynamik. So werde der Mensch dazu gezwungen, tugendhaft zu sein. Damit wird klar, worum es Malthus eigentlich geht: Das Wachstum der Köpfe geht nicht

(5) Vor diesem Hintergrund ist es interessant, dass David Ricardo klar zu den Vertretern einer Vermögensbesteuerung zu zählen ist. Nach den Napoleonischen Kriegen forderte er vehement eine massive Vermögensabgabe. Im House of Commons wird eine seiner Reden im 1819 zum Thema Staatsverschuldung folgendermaßen protokolliert: „Um sich gegen dieses Übel zu schützen, das unmittelbar verantwortlich ist für individuelle Ungerechtigkeit und nationalen Schaden, solle das gesamte Kapital eines Landes für den Abbau der öffentlichen Schuld ermittelt werden, sodass kein Kapital mehr das Land verlassen dürfe, ohne vorher einen fairen Anteil dieser Schuld zu begleichen. Die Durchführung dieses Plans könne zwar auf gewisse Schwierigkeiten stoßen, aber die Bedeutung des angestrebten Zieles sei das Experiment wert, jede sich ergebende Schwierigkeit zu überwinden. Der gesamte Plan, mittels dessen die Begleichung der öffentlichen Schuld verwirklicht werden könne, sei seiner Ansicht nach innerhalb von vier bis fünf Jahren umsetzbar.“ (zitiert nach Kurz 2011).

einher mit einem entsprechenden Wachstum des Humankapitals pro Kopf.

- Sismondi hingegen fürchtet, dass eine allzu starke Fokussierung auf Wohlstandsmehrung den sozialen Zusammenhalt und damit das Sozialkapital gefährde. In seinen Krisentheorien macht er das übermäßige Streben nach Wachstum direkt verantwortlich für die periodisch wiederkehrenden Krisen der Wirtschaft.

Heute klingen diese wachstumsskeptischen Vermutungen wieder aktuell. Man könnte sie in der Forderung zusammenfassen, nicht nur die Akkumulation und Bewahrung von Real- und Finanzkapital, sondern auch die Akkumulation und Bewahrung von Natur-, Sozial-, und Humankapital im Blick zu behalten.

Ein möglichst breiter Kapitalbegriff beziehungsweise eine Reflektion der natürlichen und sozialen Bedingungen wirtschaftlichen Wachstums mag wünschenswert sein. Was ändert dies jedoch an der Bewertung einer Besteuerung von Real- und Finanzkapital? Zu einer veränderten Bewertung käme es dann, wenn es zwischen unterschiedlichen Kapitalformen, also zwischen ihrem jeweiligen Bestand bzw. ihrer Verteilung, Interdependenzen gäbe – insbesondere dann, wenn die häufig vorausgesetzte Verfügbarkeit von Human-, Sozial- und Naturkapital von Entwicklungen im Bereich des Real- und Finanzkapitals gefährdet werden könnte. Dabei tritt insbesondere die Frage in den Vordergrund, welche Auswirkungen die zunehmende Konzentration von Finanz- und Realvermögen für die weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung haben wird. Es zeigt sich, dass diese Konzentration tatsächlich negative Auswirkungen auf andere Formen des Kapitals haben könnte, die beträchtlich sind.

Im Bereich des *Humankapitals* ist die zu belegende Wirkungskette übersichtlich: Erstens muss die hohe Vermögenskonzentration tatsächlich ein wesentlicher Grund für die anhaltend hohe Unterbeschäftigung sein. Sie muss somit das Phänomen der sogenannten säkularen Stagnation mit erklären können. Zweitens muss die hohe und andauernde Arbeitslosigkeit, die mit dieser säkularen Stagnation einhergeht, zu einem spürbaren Druck auf das Humankapital führen. Für den zweiten Zusammenhang ist die Evidenz erdrückend. Arbeitslosigkeit, auch kurzfristige-konjunkturelle Arbeitslosigkeit, führt zu schwerwiegenden negativen Beeinträchtigungen des Humankapitals (siehe Klüh 2016 sowie die dort enthaltenen Verweise). Es kommt zu einer Erosion fachlicher Fähigkeiten, zu negativen Beeinträchtigungen der Gesundheit und des sozialen Umfelds. Diese und andere Effekte be-

schädigen dauerhaft die Beschäftigungsfähigkeit und das Erwerbspotenzial.

Zu welchem Ergebnis kommt man jedoch für den zuerst genannten Zusammenhang? Welche Rolle spielt die zunehmend ungleiche Vermögenskonzentration bei der Erklärung des Phänomens säkularer Stagnation bzw. eines nur anämischen Wachstums in vielen Teilen der Welt? Gleich eine ganze Reihe von Argumenten spricht – wie bereits in Abschnitt 2.1. angedeutet – dafür, dass es einen solchen Zusammenhang gibt:

- Inzwischen schreiben viele Autoren den starken Anstieg der privaten Verschuldung im Vorlauf der globalen Finanzkrise zumindest zu einem guten Teil einer zunehmend ungleichen Einkommensverteilung zu. Dieser Verschuldungsanstieg hat wesentlich zur Krise beigetragen. Die Krise führte wiederum zu einem abrupten und erzwungenen Abbau von Verschuldungshebeln, und dieser Abbau steht mit dem Phänomen der säkularen Stagnation in enger Verbindung (siehe u.a. Eggertsson und Mehrotra 2015).
- Eine hohe Konzentration von Einkommen und Vermögen trägt gleich auf zweierlei Weise zu einer vermehrten Ersparnisbildung bei. Auf der interpersonellen Ebene werden Mittel zu Bevölkerungsgruppen umverteilt, die tendenziell eine sehr hohe Sparneigung aufweisen. Auf der internationalen Ebene werden bestehende Tendenzen zum Aufbau von Leistungsbilanzüberschüssen (und damit zum Wachstum der volkswirtschaftlichen Ersparnisse) verstärkt (vgl. van Treeck und Sturm 2012 für eine ausführliche Diskussion).
- Mit umgekehrten Vorzeichen führt die Verlagerung von Mitteln hin zu Gruppen mit hoher Ersparnisneigung zu einer Verlagerung weg von Gruppen mit niedriger Spar- und hoher Konsumneigung. Dies trägt nicht nur zu einer vergleichsweise schwachen Entwicklung der Konsumnachfrage und damit einer allgemeinen Nachfrageschwäche bei. Die fehlende Nachfrage antizipierend revidieren die Unternehmen die Renditeprognosen für bestimmte Investitionsarten und in der Folge ihre Investitionsplanungen nach unten.

Inzwischen stellen auch immer mehr empirische Untersuchungen einen negativen Zusammenhang zwischen dem Niveau und der Stabilität von Wachstumsprozessen einerseits und dem Ausmaß der Verteilungsungleichheit andererseits her (siehe beispielsweise Benabou 1996, Berg und Ostry 2011 und Cingano 2014). Auch wenn es sicherlich zu früh ist, von einer herrschenden Meinung zu sprechen: Zumin-

dest außerhalb Deutschlands setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, dass eine Umverteilung von Vermögen nicht nur aus verteilungs- sondern auch aus wachstumspolitischen Gründen angebracht sein könnte. Verstärkt wird diese Sichtweise durch empirische Untersuchungen, die sich explizit den durchaus möglichen wachstumsschädlichen Auswirkungen der Umverteilung widmen (Ostry, Berg und Tsangarides 2014). Diese finden überraschend wenige Belege für die empirische Relevanz der entsprechenden Mechanismen.

Aus der Perspektive des Humankapitals spricht deshalb viel für die These, dass sich Kapital durch eine Politik der Vermögensumverteilung durch Kapitalbesteuerung bewahren ließe. Kann für den Bereich des *Sozialkapitals* ein ähnlicher Zusammenhang hergestellt werden? Zumindest ist diese Frage mit dem verstärkten Aufkommen rechtspopulistischer Strömungen in den letzten Jahren in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Nicht selten stehen diese Strömungen für eine Politik der Exklusion. Sie veranschaulichen, dass der soziale Zusammenhalt, der üblicherweise mit einem hohen Bestand an Sozialkapital assoziiert wird, tendenziell abgenommen hat. Wie der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union oder die zunehmende Polarisierung der politischen Landschaften in zahlreichen Ländern zeigen, kann dies zu einer radikalen Abwendung von Institutionen führen, denen bisher ein Potenzial zur transnationalen beziehungsweise nationalen Sozialkapitalbildung zugesprochen worden war. Die Gefahr der von Sloterdijk befürchteten vorkatastrophischen Wendung wird mit dem Aufkommen dieser Strömungen ein Stück realer.

Vermeehrt finden sich in diesem Zusammenhang Hinweise für ein Zusammenwirken von makroökonomischen und politischen Faktoren. So liefern Kriesi und Pappas (2015 322-23) zahlreiche Belege, dass die von Makroökonomern als „Große Rezession“ bezeichnete Entwicklung seit 2009 zu einem erheblichen Anstieg rechtspopulistischer Tendenzen geführt hat. Die genaue Ausprägung des Anstiegs ist dann jedoch stark von den politischen Ausgangsbedingungen abhängig. Unter anderem spielt hierbei die Frage, ob aus dem etablierten Parteiensystem verteilungspolitische Alternativangebote gemacht werden, eine Rolle. Theoretisch spricht zudem vieles dafür, dass eine Zunahme der Ungleichheit Probleme bei der Akkumulation von Sozialkapital verursacht, die dann wiederum auch das wirtschaftliche Wachstum schädigen können (siehe insbesondere Josten 2004 für eine ökonomische Analyse). Hierauf weist auch Putnam (2001) in seiner Analyse der Vereinigten Staaten hin. Zudem sei noch einmal auf die Ausführungen von Sloterdijk zu Beginn verwiesen.

Es ist jedoch im Vergleich zum Humankapital um einiges schwieriger, einen statistisch-empirischen Zusammenhang zwischen Verteilung und Sozialkapitalbildung herzustellen. Insbesondere sind grundlegende methodische Probleme bei der Quantifizierung von Sozialkapital zu berücksichtigen (Paldam 2000). Neben Kausalitätsfragen, also dem Umstand, dass Sozialkapital zu einer weniger ungleichen Verteilung beitragen kann, bestehen erhebliche Abgrenzungsfragen. Diese Probleme sind im makroökonomischen Kontext besonders ausgeprägt, da sich Sozialkapital nicht zuletzt im Zusammenleben in überschaubaren Gruppen konstituiert.

Trotz der erwähnten Schwierigkeiten existiert inzwischen eine ganze Reihe von Studien, die einen direkten Zusammenhang zwischen ökonomischer Ungleichheit und Sozialkapitalbildung herstellen. Gylfason (2015) präsentiert Ergebnisse, die einen Abbau von Sozialkapital im Vorlauf und als Konsequenz von wirtschaftlichen Schwächephasen belegen. Er untersucht zudem die Frage, ob es internationale Unterschiede hinsichtlich des in vielen Gesellschaften abnehmenden Vertrauens in Institutionen und interpersonelle Beziehung gibt. Tatsächlich kann er Indizien dafür präsentieren, dass der Vertrauensschwund in egalitäreren Gesellschaften weniger ausgeprägt ist.

Besonders überzeugend wird der Zusammenhang zwischen Verteilungsmaßen und Sozialkapitalindikatoren in Studien belegt, die mit Unterschieden zwischen den Gebietskörperschaften eines Landes arbeiten. Inada (2008) kommt mit Daten aus japanischen Präfekturen und einer Vielzahl von unterschiedlichen Indikatoren zu dem Ergebnis, dass Verteilungsgrößen eine sehr hohe Korrelation mit unterschiedlichen Maßen für Sozialkapital aufweisen. Dieses Resultat wird durch frühere Untersuchungen bestätigt, die ebenfalls Querschnittdaten nationaler Gebietskörperschaften, insbesondere von U.S. Bundesstaaten nutzen (Kawachi et al 1997). Sie sind ebenfalls konsistent mit Studien auf der Basis ökonometrischer Ländervergleiche (für einen Überblick vergleiche Knack 1999).

Insgesamt stützen diese Untersuchungen die These, dass eine Vermögensbesteuerung durch ihre Umverteilungswirkungen einen positiven Beitrag zur Sozialkapitalakkumulation leisten könnte. Sowohl die Berücksichtigung des Humankapitals als auch die Berücksichtigung des Sozialkapitals verstärken somit die Argumentation für eine Vermögensbesteuerung. Wie sieht es im Hinblick auf die letzte Kapitalform, das *Naturkapital* aus? Hier ist es äußerst schwierig, einen direkten Zusammenhang herzustellen, in dem Sinne dass ein Abbau der Vermögenskonzentration bei Real- und Finanzkapital den Kapitalverschleiß bei Naturkapital verringern würde. Immerhin gibt es – zur Legi-

timationen einer Vermögensbesteuerung – einige Hinweise für einen indirekten Zusammenhang zwischen der Konzentration bei Sach- und Finanzvermögen und dem Verschleiß von Naturkapital. So besteht die Besorgnis, dass eine zunehmende Vermögenskonzentration im Bereich des Real- und Finanzkapitals im Zeitverlauf auch eine zunehmende Konzentration des Zugriffs auf natürliche Ressourcen mit sich bringt (Borras, Hall, White und Wolford 2011). Diese Sorge wird durch die Folgen des von der Vermögensverteilung mitverursachten Niedrigzinsumfeldes verschärft. Mangel anderer attraktiver Anlageformen wird vermehrt in Land und ähnliche Ressourcen investiert. Besonders verheerende Auswirkungen dürften sich ergeben, wenn sich die Konzentration auf überlebenswichtige Ressourcen wie Land und Wasser richtet. Damit wäre auch ein weiterer Verzehr von Human- und Sozialkapital verbunden.

Diesen Argumenten entgegenzuhalten wäre jedoch der Umstand, dass die bisherige Analyse darauf hinausläuft, dass eine Vermögensbesteuerung das globale Wachstum eher beschleunigen dürfte. Im aktuellen Wachstumsmodus wäre hiermit ein zusätzlicher Ressourcenverzehr und Emissionsausstoß verbunden. Insgesamt ist deshalb nicht auszuschließen, dass eine Vermögensbesteuerung im Hinblick auf das Naturkapital sogar kontraproduktiv sein könnte.

Ein Ausweg aus diesem Dilemma bestünde darin, die Erlöse aus einer stärkeren Besteuerung von Vermögen weitgehend für eine Finanzierung des Transformationsprozesses weg von einer ökologisch nicht nachhaltigen Form des Wirtschaftens zu nutzen. Offensichtlich ist der Privatsektor mit dieser Herausforderung überfordert, sonst würde die weltwirtschaftliche Entwicklung nicht dermaßen von einem Überschuss geplanter Ersparnisse geprägt sein. Die hohe Langfristigkeit sowie das beträchtliche Risiko der entsprechenden Investitionen erfordern demnach Staaten, die ihre Verschuldungskapazität und ihre Besteuerungstechnologie nicht zuletzt dem Ziel einer ökologischen Transformation zur Verfügung stellen. Eine Vermögensbesteuerung könnte diese Verschuldungskapazität erhöhen (indem ihre Erlöse zum Schuldenabbau verwendet würden) und/oder direkt zur Finanzierung herangezogen werden.

⇒ 4 Ein moderater Vorschlag

Insgesamt zeigt die Analyse, dass sich die Argumente für eine Vermögensbesteuerung verstärken, wenn sich am Ende wachstums- und entwicklungstheoretischer Szenarien nicht Utopia, sondern Dystopia abzeichnet. Dieses Dystopia kann direkte Folge einer sehr ho-

hen Konzentration der Vermögensbestände sein, weil es zu Verlusten beim Human- und Sozialkapital kommt. Die Auswirkungen der Vermögensbesteuerung müssen dann nicht nur im Hinblick auf den Aufbau von Real- und Finanzkapital, sondern auch auf die Möglichkeiten einer Verlustbegrenzung bei anderen Kapitalformen hin untersucht werden. Dabei sollte vor dem Hintergrund der enormen Herausforderungen im Bereich des Klimawandels und der natürlichen Ressourcen nicht zuletzt die Frage im Mittelpunkt stehen, ob die durch eine Vermögensbesteuerung erzielbaren Ressourcen sinnvoll für eine große Transformation eingesetzt werden könnten (Klüh 2015). Die Befürchtungen, dass eine Vermögensbesteuerung eine starke Reduktion des Wachstums und der Kapitalakkumulation verursachen würde, erweisen sich in diesem Kontext als wenig begründet, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der Analyse in Abschnitt 2.

Neben den potenziellen Wachstumseinbußen sowie einer Reduktion der Rate der Kapitalakkumulation gibt es sicherlich weitere ernst zu nehmende Argumente gegen eine stärkere Besteuerung von Vermögen. Üblicherweise wird als Hauptgrund gegen eine solche Politik eingewandt, es sei unmöglich, eine ausreichende Anzahl von Ländern in eine entsprechende steuerliche Kooperation einzubinden. Da viele Elemente des Vermögens, insbesondere jedoch das Finanzvermögen, international besonders leicht verlagert werden können, seien nationale Ansätze von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Sie würden nur zu einem weiteren Boom von Steueroasen beitragen. Wieder einmal schlägt das Globalisierungsparadoxon zu: In einer hyperglobalisierten Welt ohne global funktionstüchtige Institutionen sind nationale demokratische Entscheidungen oft zum Scheitern verurteilt.

Die Fokussierung auf dieses Argument hat den Nebeneffekt, dass zwei andere wichtige Hinderungsgründe für eine ernsthafte politische Beschäftigung mit dem Thema allzu selten thematisiert werden. So wird die Einführung einer Vermögenssteuer erstens erheblich erschwert, weil wir relativ wenig über die alternativen Gestaltungsweisen und Folgen einer solchen Maßnahme wissen. Ökonomen sehen wenig Sinn darin, sich mit etwas zu beschäftigen, was am Ende sowieso keine Realisierungswahrscheinlichkeit hat. Hieraus ergibt sich ein Teufelskreis: Da etwas geringe Realisierungschancen hat, wird es zu wenig beforscht. Da es zu wenig beforscht ist, verfangen auf den ersten Blick vernünftige Gegenargumente besser. Damit sinkt die Realisierungswahrscheinlichkeit und damit wiederum das Forschungsinteresse.

Ein zweiter zu wenig beachteter Hinderungsgrund ist die mangelnde Verfügbarkeit von Daten. Neben den von Piketty (2014) angeführten

Lücken in der Erfassung globaler Vermögen geht es in diesem Zusammenhang auch um Daten, die die Effekte einer modernen Vermögensbesteuerung messbar machen würden. Gerade durch die Abschaffung der Vermögensbesteuerung in vielen Ländern ist es gewissermaßen zur Abschaffung der kontrafaktischen Situation gekommen. Wiederum kommt es zu einem Teufelskreis: Die aktuelle und zukünftig erwartete Abwesenheit einer Vermögensbesteuerung schafft Bedingungen, die eine Einführung immer unwahrscheinlicher machen.

Die fehlende globale Koordination sowie ein Mangel an Forschung und Daten sind sicherlich gute Gründe für eine gewisse Skepsis gegenüber der Einführung einer Vermögensbesteuerung. Ein Ziel dieses Beitrages ist, für eine Umkehrung dieses Arguments zu plädieren. Gemeint ist, dass schon der Einstieg in eine politische breit angelegte Diskussion zu einem konkreten Vorschlag erhebliche Fortschritte mit sich bringen würde:

- Angestoßen würde eine internationale Kooperation zu einem Thema, das bisher weitgehend national behandelt wird.
- Die ökonomische Wissenschaft würde gleich auf mehrfache Weise in Gang gesetzt. Die Relevanz des Themas für wissenschaftliche Artikel, Doktorarbeiten und Habilitationen würde sprunghaft ansteigen.
- Die Forschung würde zudem mit neuen Daten versorgt, die auch ohne Vermögenssteuer dringend notwendig wären, um eine ungleicher werdende Gesellschaft besser zu verstehen.
- Die Finanzämter schließlich erhielten Daten, die es ihnen erlauben würden, auch andere, quantitativ zunächst relevantere Formen der Einkommensbesteuerung exakter zu bemessen. So ist es wenig sinnvoll, von Volkswirtschaften wie Griechenland eine effizientere Steuereintreibung insbesondere bei Vermögenden zu fordern, ohne gemeinsam an einer besseren Erfassung globaler Vermögen zu arbeiten.

Diese Argumente würden selbst dann zum Tragen kommen, wenn man zunächst begrenzte, nationale oder europäische Lösungen anstrebte. Es wäre schon ein großer Schritt getan, wenn nicht Pikettys globale, progressive Vermögenssteuer (deren utopischer Charakter von ihm selbst eingestanden wird), sondern viele realistische, regionale Lösungen global miteinander abgestimmt würden.

Vor dem Hintergrund der großen Herausforderungen im Bereich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere der Entwicklung des Human-, Sozial- und Naturkapitals wäre es eine sträfliche politische Unterlassung, eine solche Option nicht zumindest zu prüfen. Die

Regierungen beispielsweise der G 20 müssten sich hierzu lediglich verpflichten, die Besteuerung von Finanz- und Realkapital ernsthaft zu untersuchen, und zwar auch im Hinblick auf die hierzu notwendigen internationalen Koordinationsprozesse. Dabei würden sie die genaue Form der Vermögensbesteuerung (insbesondere die Wahl zwischen Erbschaftssteuern und regelmäßigen Erhebungsformen) den nationalen Präferenzen überlassen. Sie könnten hingegen vereinbaren, dass die Erlöse der Lösung dreier großer Herausforderungen der globalen Entwicklung zugutekommen sollten: dem Abbau der immer noch hohen Verschuldung vieler Wirtschaftseinheiten, dem Klimawandel und der Armutsbekämpfung. Sie könnten vereinbaren, dass die zu erhebenden (oder – im Fall noch bestehender Vermögenssteuern – zu erhöhenden) Steuern deshalb einer klaren Zweckbindung unterliegen sollten. Allerdings würde es wiederum den einzelnen Staaten überlassen, ob sie eine Schuldenabbauabgabe, eine Klimaabgabe oder eine Entwicklungsabgabe einführen wollten.

Interessanterweise hat der Internationale Währungsfonds (IWF) einen ersten Schritt in dieser Richtung gemacht, indem er in einem Bericht zur Zukunft der Besteuerung die Notwendigkeit einer Diskussion von Vermögenssteuern und –abgaben offen angesprochen hat (IWF 2013). Er ist hierfür zu Unrecht ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Internationale Organisationen wie der IWF und die OECD, die sicher nicht unter dem Verdacht einer besonderen Vorliebe für Utopien liegen, monieren schon jetzt regelmäßig, wenn ein Land die Möglichkeiten einer Vermögensbesteuerung nicht ernsthaft genug in Erwägung zieht. Deutschland steht übrigens ganz oben auf der Liste der Länder, die – gemäß der Einschätzung dieser Organisationen – den Faktor Arbeit mit Steuern und Abgaben zu stark und den Faktor Kapital zu wenig belasten (OECD 2014, 12-13).

Indem man die Bevölkerungsgruppen mit den größten Vermögen über eine Vermögensbesteuerung in die Lösung der großen Probleme unserer Zeit einbinden würde, könnte auch die eingangs erwähnte Sorge einer vorkatastrophischen Wendung entschärft werden. Dabei geht es nicht nur darum, den angehäuften Vermögen der Reichen eine Aufgabe zu geben, die diese Anhäufung im Nachhinein legitimiert. Die Frage nach einer Vermögensbesteuerung hat nämlich in Wirklichkeit nur sehr begrenzt mit Neidreflexen gegenüber Vermögenden zu tun. Wenn überhaupt richtet sich die aktuell steigende Wut gegen die Politik und – häufig genug – gegen die, die über noch weniger verfügen als man selbst. Eine grundlegende Ursache für diese Wut dürfte jedoch eine tiefe Verunsicherung über die Frage sein, ob es noch Lösungen für komplexe Probleme gibt.

⇒ Literaturverzeichnis

Aghion, Philippe; Akcigit, Ufuk und Fernández-Villaverde, Jesús (2013): Optimal capital versus labor taxation with innovation-led growth. NBER Working Paper w19086. National Bureau of Economic Research.

Atkinson, A. B., und Stiglitz, J. E. (1976): The design of tax structure: direct versus indirect taxation. *Journal of Public Economics*, 6(1), 55-75.

Benabou, R. (1996): Inequality and growth. In: NBER Macroeconomics Annual 1996, Volume 11, 11-92.

Berg, A., und Ostry, J.D. (2011): Inequality and Unsustainable Growth: Two Sides of the Same Coin? IMF Staff Discussion Note 11/08, Washington: International Monetary Fund.

Bofinger, Peter und Scheuermeyer, Philipp (2015): Das „Kapital“ im 21. Jahrhundert. In: Bofinger, Peter; Horn, Gustav A.; Schmid, Kai D. und Treeck, Till van (Hg.): Thomas Piketty und die Verteilungsfrage: Analysen, Bewertungen und wirtschaftspolitische Implikationen für Deutschland. SE Publishing, 98-129.

Bourdieu, P. (1986) The forms of capital. In J. Richardson (Ed.) *Handbook of Theory and Research for the Sociology of Education* (New York, Greenwood), 241-258.

Chamley, C. (1986): Optimal taxation of capital income in general equilibrium with infinite lives. *Econometrica: Journal of the Econometric Society*, 607-622.

Cingano, F. (2014): Trend in income inequality and its impact on economic growth, OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No. 163.

Conesa, J. C.; Kitao, S. und Krueger, D. (2009): Taxing capital? Not a bad idea after all! *The American Economic Review*, 99(1), 25-48.

Coy, Peter (2014): An Immodest Proposal: A Global Tax on the Superrich. Download unter: www.bloomberg.com/news/articles/2014-04-

10/thomas-pikettys-global-tax-on-capital-may-not-be-a-crazy-idea
(letzter Zugriff: 25.6.2016).

Diamond, P. A und Mirrlees, J. A. (1971): Optimal taxation and public production I: Production efficiency. *The American Economic Review*, 61(1), 8-27.

Eggertsson, Gauti B. und Mehrotra, Neil R. (2014): A model of secular stagnation. NBER Working Paper No. w20574. National Bureau of Economic Research, 2014.

Girard, René (2002): „Ich sah den Satan vom Himmel fallen wie ein Blitz.“ Wien, Carl Hanser Verlag.

Gylfason, T. (2015): Social Capital, Inequality, and Economic Crisis. *Challenge*, 58(4), 326-342.

Hardt, Michael und Negri, Antonio (2012): *Declaration*, Kindle Edition, Argo-Navis.

Inaba, Yoji (2008): Social Capital and Income-Wealth Gap: An Empirical Analysis on Japan. *The Nonprofit Review* 8 (1), 1–12.

IWF (2013): IMF Fiscal Monitor (FM), *Taxing Times*, October 2013.

Jones, Larry E., Manuelli, Rodolfo E. und Rossi, Peter E. (1997): On the Optimal Taxation of Capital Income. *Journal of Economic Theory* 73(1), 93-117.

Josten, S. D. (2004): Social capital, inequality, and economic growth. *Journal of Institutional and Theoretical Economics JITE*, 160(4), 663-680.

Judd, K. L. (1985): Redistributive taxation in a simple perfect foresight model. *Journal of Public Economics*, 28(1), 59-83.

Kawachi, Ichiro; Kennedy, Bruce P.; Lochner, Kimberly und Prothrow-Stith, Deborah (1997): Social capital, income inequality, and mortality. *American Journal of Public Health* 87, no.9.

Klüh, Ulrich (2015): Denken im Makroregime und Große Transformationen: Eine Anwenderperspektive. In: Held, Martin; Kubon-Gilke,

Gisela; Sturn, Richard (Hg.): Jahrbuch normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik Band 15, Marburg: Metropolis.

Klüh, Ulrich (2016): Makroökonomische/Sozialpolitische Perspektiven auf die Sozialpolitik/Makroökonomie, Diskussionspapier.

Download unter: https://fbw.h-da.de/fileadmin/Dokumente/Fachbereich/Webseiten_Lehrende/Klueh/Sozialpolitik_und_Makro_Klueh.pdf (letzter Zugriff: 26.6.2016).

Knack, Stephen (1999): Social capital, growth, and Poverty: A survey of cross-country evidence, Social Capital Initiative Working Paper, no.7, The World Bank.

Knack, Stephen and Philip Keefer (1997): Does social capital have an economic payoff? A cross-country investigation. Quarterly Journal of Economics 112 (4), 1251–1288.

Kriesi, H. und Pappas, T.S. (Hg.) (2015): European populism in the shadow of the great recession. ECPR Press.

Kumhof, M.; Rancière, R. und Winant, P. (2015): Inequality, leverage, and crises. The American Economic Review, 105(3), 1217-1245.

Kurz, Heinz D. (2011): Vermögenssteuern als Rettungsgasse in der Schuldenkrise. Der Standard, 30.12.2011.

Mankiw, N. Gregory; Weinzierl, Matthew und Yagan, Danny (2009): Optimal taxation in theory and practice. The Journal of Economic Perspectives 23 (4), 147-174.

OECD (2014): Germany – Keeping the Edge: Competitiveness for inclusive growth, OECD “Better Policies” Series, Paris: OECD.

Ostry, M. J. D.; Berg, M. A., und Tsangarides, M. C. G. (2014): Redistribution, inequality, and growth. Washington DC: International Monetary Fund.

Paldam, M. (2000): Social capital: one or many? Definition and measurement. Journal of economic surveys, 14(5), 629-653.

Piketty, Thomas (2014): Capital in the Twenty-First Century. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.

Piketty, Thomas; Saez, Emmanuel und Zucman, Gabriel (2013): Rethinking capital and wealth taxation. Download unter: <http://www.piketty.pse.ens.fr/files/PikettySaez2013RKT.pdf> (letzter Zugriff: 25.6.2016).

Putnam, R. D. (2001): Bowling alone: The collapse and revival of American community. New York: Simon and Schuster.

Schmidt, Johannes (2015): Kapital und Sparen bei Piketty: Einige saldenmechanische Anmerkungen. In: Bofinger, Peter; Horn, Gustav A.; Schmid; Kai D. und Treeck, Till van (Hg.): Thomas Piketty und die Verteilungsfrage: Analysen, Bewertungen und wirtschaftspolitische Implikationen für Deutschland. SE Publishing, 130-155.

Sloterdijk, Peter (2002): Erwachen im Reich der Eifersucht. Notiz zu René Girards anthropologischer Sendung. In: Girard, René: Ich sah den Satan vom Himmel fallen wie ein Blitz, Wien: Carl Hanser Verlag.

Van Treeck, Till, und Sturn, Simon (2012): Income inequality as a cause of the Great Recession?: A survey of current debates. ILO, Conditions of Work and Employment Branch, 2012.

Harrod, Roy F. (1939): An Essay in Dynamic Theory. The Economic Journal 49 (193): 14–33.

Domar, Evsey (1946). "Capital Expansion, Rate of Growth, and Employment". *Econometrica* 14 (2): 137–147.

Solow, Robert M. (1956): A contribution to the theory of economic growth. *Quarterly Journal of Economics* 70 (1): 65–94.

Swan, Trevor W. (1956): Economic growth and capital accumulation. *Economic Record (Wiley)* 32 (2), 334–361.

Zitationsvorschlag:

Ulrich Klüh (2016): Kapitalakkumulation durch Kapitalbesteuerung? Eine kontextuelle Analyse der Vermögensbesteuerung. (Ethik und Gesellschaft 1/2016: Vermögensungleichheit). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2016-art-7> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für sozialethik

1/2016: Vermögensungleichheit

Julian Bank

Leerstelle in der wirtschaftspolitischen Debatte? Die Piketty-Rezeption und Vermögensungleichheit in Deutschland

Hartmut Elsenhans

Polarisierung gefährdet Kapitalismus

Johannes Schmidt

Makroökonomische Wirkungen der Vermögenskonzentration

Eckhard Hein

Verteilungstendenzen im finanzdominierten Kapitalismus und ihre makroökonomischen Folgen

Dierk Hirschel

Soziale Ungleichheit, politische Ungleichheit und die Rolle der Stiftungen

Andreas Fisch

Gerechtfertigte Besteuerung von Vermögen und Erbschaften? Leitbilder für eine Steuerpolitik angesichts sozialer Ungleichheiten

Ulrich Klüh

Kapitalakkumulation durch Kapitalbesteuerung?
Eine kontextuelle Analyse der Vermögensbesteuerung

Giacomo Corneo

Öffentliches Kapital: Ein evolutionäres Programm für mehr Demokratie und Wohlstand